

Die Politik des Neoliberalismus und ihre Folgen für die Bevölkerung Indonesiens

Von Zely Ariane

Wenn man die Expansion des Neoliberalismus in Indonesien betrachten will, muss man bis zu dem Zeitpunkt zurückgehen, an dem die ‚Neue Ordnung‘ (*Orde Baru*) an die Macht kam. Die Durchsetzung

Die Entwicklung hin zu einer wirtschaftlichen Liberalisierung lässt sich in Indonesien bis zum Anfang der Neuen Ordnung zurückverfolgen und kann unter anderem am Erlass des Auslandsinvestitions-

haben internationale Kreditinstitutionen wie die Weltbank und der Internationale Währungsfond (IWF) ihre Strukturanpassungsprogramme (SAP: *Structural Adjustment Program*) auf viele Krisen-

Tabelle 1: Vergleich zwischen ausländischen und einheimischen Kapitalinvestitionen (in Millionen Rupiah) 1967-1979:

Art der Industrie	Inlandinvestition	Auslandinvestition
Nahrungsmittel	165.247	57.125
Textil	185.988	504.750
Holz	74.851	27.937
Papier	58.881	14.312
Chemie	167.501	187.937
Non-Metall Mineralien	202.450	253.375
Metall	66.210	157.437
Metallwaren	131.242	268.063
Anderes	4.856	11.313

der Neuen Ordnung ist nicht weniger als der Sieg des Kapitals und der Anfang der Vorherrschaft ausgewählter Unternehmer, die von Suharto und seinen ‚*Cronies*‘ politischen Unterstützern angeführt wurden. Diese Dominanz war für Suharto und seine Fraktion von Vorteil und ist nicht allein auf den Einfluss Suhartos und die Unterstützung durch das Militär zu begründen. Der moderne Wirtschaftssektor befindet sich – ob erwünscht oder nicht – noch immer in den Händen ausländischer und chinesischer Unternehmen – von der Produktion über die Distribution bis hin zum Bereich der Wirtschaftskriminalität, wie etwa der Fall der BLBI – *Bank Indonesia Liquidity Support* zeigt. Selbst Rassismus, Erpressung und Ausbeutung können die Dominanz dieser Leute im Wirtschaftssektor nicht verringern.

gesetztes Nr. 1/1965, das später durch das Gesetz Nr. 6/1968 und Nr. 11/1971 ergänzt wurde, festgemacht werden. Die Dominanz ausländischer Unternehmen in der Wirtschaft übersteigt die Kapazität der Inlandsunternehmer bei Weitem. Auch die strategischen Industriesektoren, wie Metall-, Holz- und Chemieindustrie, die in Indonesien nicht weit entwickelt sind, sind noch immer ausländisch dominiert.

In Indonesien wurde das neoliberale Konzept seit den 80er Jahren angewendet, als die Regierung die Liberalisierung in den Bereichen Finanzpolitik, Handel und Investition durch die Verabschiedung verschiedener Deregulierungspakete seit 1983 vorantrieb. Trotz einer weltweiten Schuldenkrise – 1982 erklärte sich Mexiko für unfähig, seine Auslandsschulden zurückzuzahlen -

länder, vor allem in Lateinamerika und Afrika, ausgeweitet. Die Krise in Indonesien hielt sich noch in Grenzen und war noch nicht von den SAP betroffen. Es wird aber deutlich, dass die indonesische Wirtschaft seitdem die Politik des Neoliberalismus übernahm.

Die Anbindung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Indonesiens an den Zufluss internationalen Kapitals war nicht zu bremsen, vor allem seit nach dem Ende des Ölbooms und dem Ölpreissturz in den 80er Jahren der Regierung die Finanzmittel fehlten, um die indonesische Unternehmen zu ‚subventionieren‘. Es blieb den indonesischen Unternehmern nichts anders übrig, als sich durch Kreditaufnahme im Ausland zu verschulden. Das vermehrte Auftreten von Auslandsschulden geht zeitlich mit Veränderungen auf den interna-

tionalen Kapitalmärkten überein, als der Überschuss an Produkten nach einer Ausweitung von Absatzmärkten verlangte.

Während der Asienkrise, die – ausgehend vom Kursverfall der Rupiah Mitte 1997 – die Wirtschaftslage in Indonesien lähmte, nutzte das Auslandskapital seine Chance bei den Inlandsunternehmen aus, die nun gezwungen waren, bei den internationalen Finanzinstitutionen weitere Kredite aufzunehmen. Die Intervention des Auslandskapitals war nicht aufzuhalten. Hohe Verschuldung und weitgehende Abhängigkeit in allen Wirtschaftssektoren war die Folge. Die Inlandsunternehmen waren zahlungsunfähig und mussten, um weitere Kredite zu erhalten, eine Reihe von *Letter of Intent* (LOI) des IWF unterschreiben. Seitdem war der IWF „Herr der Wirtschaft“ in Indonesien. Keiner der Inlandsunternehmer traute sich, sich gegen die Vorgaben des IWF zu wehren.

Durch Währungsspekulationen, die zur Asienkrise führten, stürzte der Wert der Rupiah (Rp.) drastisch um mehr als 85% ab und erreichte im Februar 1998 mit einem Kurs von 16.000 Rp. zu einem US\$ seinen tiefsten Stand. Im Industriebereich, der von Importen abhängig war und auf Exportproduktion ausgerichtet war, musste die Mehrheit der modernen Inlandsunternehmen, deren Kapital aus Auslandskrediten stammte, Konkurs anmelden oder sie wurden von ausländischen Unternehmen übernommen wurden. Millionen von Arbeitern verloren dabei auf Grund von Massenentlassungen ihre Jobs. Die Warenpreise stiegen um mehr als 100% und die Inflation erreichte 77,6% gegenüber dem vorigen Jahr. Die Folge war die Zunahme der Verarmung der Bevölkerung, deren Zahl laut des Zentralen Statistikamtes

(Badan Pusat Statistik, BPS) auf 80 Millionen stieg. Nimmt man das Standardmaß der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), so beträgt die Zahl der armen Bevölkerung, die täglich weniger als zwei US\$ verdienen, sogar mehr als 100 Millionen.

Indikatoren für den Anstieg der Armut seit der Krise von 1997

Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen betrug vor der Krise etwa 1.000 US\$. Heute beträgt es nur noch etwa 400 US\$. ILO-Schätzungen von 2000 zeigen, dass im Jahr 1998 18%, d.h. ca. 5.411.000 von insgesamt 30.490.000 Arbeiter in allen Industriesektoren entlassen wurden. Das Zentrum für Arbeits- und Entwicklungsstudien (*Center for Labor & Development Studies*) berichtete, dass die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen, Arbeitssuchenden und Halb-Arbeitslosen im Jahr 2001 40,2 Millionen erreichte.

Nach UNICEF-Angaben betrug 1995 die Zahl der bei der Geburt gestorbenen Mütter 390 pro 100.000 Geburten, im Jahr 1998 stieg diese Zahl auf 500. Die Zahl der totgeborenen Säuglinge betrug 1995 55 Säuglinge pro 1.000 Geburten, und verdoppelte sich 1998 auf 100. Auch die Sterberate der Kindern unter 5 Jahren stieg auf Grund von Unterernährung von 174.000 Kindern 1995 auf bis zu 180.000 Kindern 1998.

Die Krise verursachte nicht nur eine hohe Zahl von Arbeitslosen und einen schlechteren Lebensstandard in Indonesien, sondern auch eine enorme Zahl an Insolvenzen. Zu Anfang der Krise 1997 mussten 125 Unternehmen ihre Tore schließen. 1998 waren es schon 816 Unternehmen und bis Ende Juni 1999 waren weitere 130 Pleiten zu verzeichnen. Am stärk-

ten betroffen waren Industrieunternehmen und solche im Bereich der Dienstleistungen. Daten des Ministeriums für Genossenschaften, Klein- bis Mittelbetriebe (*Minister of Cooperatives, Small and Medium Enterprise*) zeigten, dass mindestens 4 Millionen Klein- und Mittelbetriebe der Krise zum Opfer gefallen waren. (*Suara Pembaruan* 28.12.1999). Darin zeigt sich die Widersprüchlichkeit des neoliberalen Systems: Der Produktionsüberschuss steigert nicht den Lebensstandard, sondern erzeugt vielmehr eine Angebotsüberschusskrise (*excess supply*).

Einer der Bedingungen des IWFs für neue Kredite an Indonesien war die Liberalisierung des Handels. Diese Liberalisierung zielte darauf ab, den Markt in Indonesien für mehr Importprodukte zu öffnen, den Schutz für Inlandswaren abzuschaffen, und die Investitionen insgesamt zu liberalisieren. Während der Regierungszeit von Präsident B.J. Habibie erfüllte die Regierung alle IWF-Forderungen, wie etwa die Abschaffung der Importzölle für Reis und Zucker, um neue Kredite zu bekommen. Langfristig entschied sich die Regierung für die komplette Abschaffung aller Importzölle für agro-industrielle Produkte. Die Regierung kümmerte sich dabei nicht um die sozialen Auswirkungen auf die Reis- und Zuckerrohrbauern des Reis- und Zuckerpreisverfalls. Millionen Bauern waren davon betroffen. Die Zuckerrohrbauern verloren durchschnittlich 2,1 Millionen Rupiah pro Hektar in den Jahren 1998 und 1999. Dabei gilt die Zuckerindustrie als Lebensgrundlage für etwa 10 Millionen Bauernfamilien. Das gleiche gilt für die Reisbauern. Die Regierung Gus Dur brachte kaum Änderung in dieser Politik. Sie legte den Importzoll für Reis ab Januar 2000 auf 30% und für

Zucker auf 25% fest. Diese kleine Revision hat jedoch nicht viel geholfen, da der Preis für Importreis und -zucker immer noch niedriger war.

Seit der Einführung der Liberalisierung des Imports ist die Zuckerindustrie völlig am Boden. War Indonesien in den 30er Jahren noch der zweitgrößte Zuckerexporteur auf der Welt nach Kuba, ist Indonesien heute der größte Zuckerimporteur nach Russland, denn viele Länder, die wirtschaftlich stärker sind, behalten ihre Importsubventionen bei: die USA legten einen Wert von 195% fest, einige europäische Länder sogar Werte bis zu 240% und selbst Thailand verzeichnet einen Wert von 104% (*Tempo*, 9.9.2001). Somit ist deutlich zu erkennen, dass die IWF-Politik die Interessen der Unternehmen aus den höher entwickelten Ländern, vor allem aus Kanada, den USA und Europa, vertritt, die einen Markt für ihre landwirtschaftlichen Produkte brauchen. Ziel der Liberalisierung des Marktes ist es dabei, dass die Dritte Welt ihren Markt so schnell wie möglich liberalisiert, während die höher entwickelten Länder ihre Wirtschaft weiter zu schützen versuchen (sowohl mit und ohne Zollbeschränkung).

Die Abschaffung des Importzollens für Reis und Zucker war nur ein kleiner Teil der Pakete zur Handelsliberalisierung, die vom IWF empfohlen wurden. Das nächste Ziel ist die Reduzierung der Zölle im Bereich Chemie, Eisen und Stahl, Versand, Leder, Aluminium und Zement. Die Inlandsproduktion, deren Qualität auf Grund schlechter Produktionstechnologie niedriger ist, müssen gezwungenermaßen mit den ausländischen Produkten konkurrieren, die wegen des höheren Standards der Produktionstechnologie billiger und trotzdem aber von besse-

rer Qualität sind. Auf der anderen Seite fördert die Regierung keine Weiterentwicklung der Produktionstechnologie in den Bereichen Landwirtschaft, Pharmazie und Stahlindustrie.

Als Voraussetzung für die Tilgung der Auslandsschulden verlangte der IWF darüber hinaus von der Regierung, die Grenze für den maximalen Anteil von ausländischen Investitionen von 49% abzuschnürten und das Verbot für ausländische Investitionen im Bereich der Plantagenwirtschaft und im Kleinhandelssektor (Supermärkte, Einkaufszentren etc.) abzuschaffen. Dadurch werden dem Auslandskapital zusätzliche Möglichkeiten zur Ausbeutung von Natur- und Humanressourcen und zum Eindringen in den einheimischen Markt gewährt. Derzeit dürfen Auslandsbanken ebenso wie Supermärkte in allen Städten Indonesiens Niederlassungen eröffnen.

Die Privatisierung der staatseigenen Betriebe

Die Regierungen Habibie, Gus Dur und Megawati gewährten, gemäß den Forderungen von IWF und Weltbank, ausländischen Kapitalisten die Freiheit, ihre neoliberalen Interessen zu verfolgen. Im Fall der Privatisierung der staatseigenen Betriebe begründete die Regierung die Maßnahme damit, dass in diesem Bereich enorme Korruption herrsche und somit die Überführung in Privatmanagement für den Staat nur von Vorteil wäre. Dem entsprechend sind viele staatliche Betriebe verkauft worden bzw. werden derzeit noch verkauft. Allein 2002 sind von ca. 160 Staatsbetrieben 25 unter der Regierung Megawati-Hamzah privatisiert worden.¹¹³

¹¹³ Dies sind die Unternehmen PT Bank Mandiri, PT Bank BNI Tbk, PT BRI, PT

Es gibt zahlreiche Unternehmen, die anfangs nicht Staatseigentum waren, die aber wegen der Kreditprobleme und ihrer Verwicklung in den Korruptionsskandal um BLBI beschlagnahmt und durch das Amt zur Sanierung der Finanzen (BPPN) verwaltet wurden, um sie später zu verkaufen. Beispiel dafür sind PT. Astra, Bank BCA und andere. Diese Privatisierung erfolgte unter anderem dadurch, dass die Bevölkerung gezwungen wurde, diese Unternehmen über die BLBI und durch den Erwerb von Obligationen in Höhe von mehr als 650 Billionen Rupiah zu subventionieren bzw. zu „sanieren“.

Zu den Auswirkungen der Privatisierung von staatseigenen Betrieben auf die Menschen gehört, dass dadurch die meisten Leute die Garantie verlieren, lebensnotwendige Waren und Dienstleistungen zu einem günstigen Preis kaufen zu können. Da sich die Produktion dieser Waren im Einklang mit den Marktmechanismen befinden müssen, steigen viele Waren im Preis. Die Erfahrung mit der Privatisierung zeigt darüber hinaus, dass das neue Management in der Regel eine Politik der Rationalisierung (in Form von Massenentlassungen) auf Kosten der Arbeiter mit sich bringt. Deswegen war es richtig, wenn die Arbeiter der Firma PT. Pelindo II Tj. Priok den Privatisierungsplan ihres Managements durch einen Streik abgelehnt haben. Sie wussten, dass die neue Unternehmensführung die Mit-

Danareksa, PT Virama Karya, PT Indah Karya, PT Indra Karya, PT Yodya Karya, PT Angkasa Pura I, PT Angkasa Pura II, PT Cipta Niaga, PT Indofarma Tbk, PT Kimiafarma Tbk, PT Jakarta IHD, PT Wisma Nusantara Indonesia, PT Kertas Padalarang, PT Kertas Basuki Rahmat, PT Blabak, PT Tambang Batubara Bukit Asam, PT Indosat Tbk, PT Semen Gresik Tbk, PT Indosement TP Tbk, PT Cambrics Primissima, PT Iglas, PT Intirub.

arbeiterzahl sofort um 20% reduzieren würde (*Kompas*, 31.5.2000). Ähnlich ging die Belegschaft der Firma PT. PAM Jaya vor, die gegen die Privatisierung ihres Unternehmens war. Und auch die Arbeiter von PT. Semen Padang, Semen Gresik, PT. Indosat Tbk, PT. BCA und anderen Unternehmen demonstrierten gegen die Privatisierung.

Der Plan des IWF, der in den *Letter of Intent* (LOI) dargelegt wurde, besagt darüber hinaus, dass die Privatisierung aller staats-eigenen Betriebe – mit Ausnahme einiger kleinerer Staatsbetriebe – in zehn Jahren abgeschlossen sein muss (*Kompas*, 25.11.1998). Warum hat der IWF in seinen LOI der indonesischen Regierung geraten, ja sie zumeist dazu gedrängt, die Privatisierung der staats-eigenen Betriebe als Mittel zur Deckung des Haushaltsdefizits einzusetzen? Geht es nicht darum, die Interessen des internationalen Kapitals zu erfüllen, sein Vermögen und seine Märkte zu vergrößern, und dabei zugleich die Rückzahlung der indonesischen Auslandsschulden zu garantieren?

Erstens legt das internationale Kapital viel Wert auf die Erschließung neuer Gebiete für seine Kapitalinvestitionen. Darüber hinaus ist die Mehrheit der Verbraucher von Produkten und Dienstleistungen der staats-eigenen Betriebe der normale Bürger - ein sehr begehrenswertes Marktpotenzial für Privatinvestoren. Zweitens ist die indonesische Regierung, und mit ihr ihre korrupte Bürokratie, in den meisten Fällen, vor allem wenn es um neue Finanzmitteln geht, gegenüber den Forderungen des IWF machtlos, staats-eigene Betriebe und Privatunternehmen, die sich bereits in staatlichen Händen befinden, möglichst rasch und zu günstigen Konditionen zu verkaufen, wie dies zum Beispiel

vor kurzem bei dem Verkauf von BCA an Farralon der Fall war. Innerhalb kürzester Zeit werden PT. Astra International und PT. Bentoel in die Hände von George Soros fallen, PT. Semen Gresik an CEMEX fallen und PT. Indosement an Heidelberg verkauft werden. Denn das internationale Kapital steht bereit, die staats-eigenen Betriebe zu erwerben.

Drittens wurde das Vermögen, das durch die Privatisierung der staats-eigenen Betriebe erworben wurde, zumeist dazu verwendet, die Rückzahlung der Auslandsschulden zu ermöglichen. Dies ist eine falsche Maßnahme, da die Regierung samt ihren Intellektuellen nicht zugeben will, dass trotz des Verkaufs aller staats-eigenen Betriebe die Auslandsschulden noch immer unbezahlbar sind. Man braucht nur auf die von Jahr zu Jahr wachsenden Staatsausgaben zu sehen, die dafür ausgegeben werden, um die Raten für die Auslandsschulden zu bezahlen. Es wird dabei deutlich, dass die Gewinn der Staatsbetriebe in die privaten Kapitalgesellschaften und in die multinationalen Unternehmen (MNC: *Multi National Cooperations*) einfließen.

Die Streichung der Subventionen und ihre Folgen

Vor allem jene öffentlichen Subventionen, die eigentlich den Bürgern zugedacht sind, werden zunehmend gekürzt oder sogar völlig abgeschafft. Die Kürzung der Subventionen hat sich seit dem Rücktritt Suhartos bis heute unvermindert fortgesetzt. Bereits im ersten Jahr der Regierung Megawati-Hamzah waren die Benzinpreise dreimal erhöht worden. Und auch die Tarife für Strom, Transport, Telefon, Bildung und Medikamente in den Krankenhäusern wurden erhöht. Doch es

gab nicht nur Subventionskürzungen für Benzin und Strom, 1999 wurden auch die Subventionen für Düngemittel gekürzt, worunter vor allem die Bauern zu leiden hatten. Infolge dessen waren die Bauern in vielen Regionen nicht mehr in der Lage, Dünger zu kaufen. In Blera, Zentral-Java, etwa plünderten die Bauern ein Lagerhaus, das der Bauerngenossenschaft und den Düngemittelhändlern gehörte, und zwangen die Besitzer, die Düngemittel billiger zu verkaufen. Durch die Subventionkürzung stieg der Düngerpreis in Indonesien um fast 100%.

All die genannten Maßnahmen wurden hauptsächlich von zwei Interessen der großen internationalen Kapitalgeber geleitet. Bevor das ausländische Kapital nach Indonesien gelangen konnte, mussten die indonesischen Wirtschaftsunternehmen profitabel gemacht werden, ehe sie verkauft werden konnten und die Regelungen, die die Einfuhr von Auslandskapital blockierten, mussten beseitigt werden. Das ist einer der Gründe, warum der IWF das Garantieprogramm für die Neufinanzierung der Banken vorstellte, die fast 650 Billionen Rupiah umfasste, und deutliche Kritik äußerte, als die Kürzungen der Benzin- und Düngemittelsubventionen aufgeschoben wurden. Das Re-Finanzierungsprogramm wurde sogar erweitert, und umfasste nicht nur den Bankensektor, sondern auch jene Betriebe, die bereits in den Händen der BPPN waren und zum späteren Verkauf (*debt bail out*) vorgesehen waren. Dieses Sanierungsprogramm durfte das für die Schuldentilgung vorgesehene Budget in keinem Falle reduzieren. Die Kreditgeber, inkl. des IWF und der Weltbank, wussten sehr genau, dass die meisten Auslandsschulden durch

die korrupten Machenschaften des Suharto-Regimes verursacht worden waren – es sich also um ‚verbotene Schulden‘ (*odious debt*) handelte, die nicht von den Bürgern zurückgezahlt werden sollten.

Indonesien in einer ‚doppelten‘ Schuldenfalle

Es ist daher das Recht der Menschen in Indonesien, den Erlass dieser Auslandsschulden zu fordern. Dieser Wunsch, der von der Regierung Megawati-Hamzah noch nicht mal offiziell geäußert wurde, wurde auch von der anderen Seite zurück gewiesen, als Anoop Singh, IWF Regionaldirektor für den Raum Asien-Pazifik, zum Thema der Abschaffung der Schulden für Indonesien Stellung nahm und dabei auf die Notwendigkeit einer Schadensregulierung verwies: „Die drei Voraussetzungen für die Aufhebung der Auslandsschulden der indonesischen Regierung sind: eine bessere und stabilere makroökonomische Situation, eine unterstützende Finanzpolitik, einhergehend mit dem Verkauf des BPPN-Vermögens und der Privatisierung der Betriebe. Alle drei Voraussetzungen müssen erfüllt werden, nicht nur eine. Es ist nicht wie bei einem Menü, bei dem ein Teil ausgewählt werden kann. Um die Auslandsschulden in Indonesien zu reduzieren, müssen alle drei Voraussetzungen gleichzeitig erfüllt werden.“ (*Kompas*, 27.8.2001)

Die Tilgung der Auslandsschulden, deren Summe annähernd 155 Milliarden US\$ beträgt und von denen mehr als die Hälfte Regierungsschulden sind, belastet die Wirtschaftslage Indonesiens sehr. Mehr noch, von Jahr zu Jahr nimmt die Abhängigkeit von den Auslandsschulden weiter zu. Mit einer so hohen Schuldensumme

befindet sich Indonesien in einer Situation, wie sie vom so genannten Fischer-Paradox beschrieben wird. Demnach ist der Wert der neu aufgenommenen Kredite geringer als die für die Ratenzahlungen zur Tilgung der alten Schulden zu zahlenden Zinsen für das gleiche Jahr. Die Folge ist, dass die Tilgung der Auslandsschulden das Haushaltsbudget stark belasten. Das Risiko, dass Indonesien die Auslandsschulden nicht zurückzahlen kann, ist keine Folge, die man nicht von Anfang an hätte voraussehen können. Und auch die internationalen Kreditgeber müssen dieses Risiko sehen. Es ist unwahrscheinlich, dass die Experten des IWF und der Weltbank nicht einschätzen konnten, wie korrupt das Regime der ‚Neuen Ordnung‘ war und was auch an dem großen Korruptionsfall, der sich bei Pertamina Mitte der 1970er Jahre ereignete, abzulesen

Eine weitere negative Auswirkung der neoliberalen Politik ist, dass das internationale Kapital die Demokratie in Indonesien nur insoweit unterstützt, wie es vorteilhaft für ihre Kapitalinteressen ist. Deswegen unterstützten die großen kapitalistischen Ländern, wie etwa die USA, die Militärdiktaturen während der Ära des Kalten Krieges. Doch ist diese Politik der Unterstützung des Militärs beendet? Offensichtlich nicht. Die Militärjunta in Myanmar und Musharaf in Pakistan erhalten immer noch Hilfe von internationalen Kapitalgebern. Die demokratische Propaganda der USA bezüglich der Fortsetzung des Embargos für Waffen-, aber auch für andere Hilfsleistungen für die indonesische Armee (TNI), das auf Grund von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Referendum in Osttimor 1999 und in Hinsicht auf eine Unter-

Tabelle 2: Summe der Inlands- und Auslandsschuldenrückzahlungen (einschl. Zinsen) in Billionen Rupiah.

	Inland	Ausland	Gesamt
2001	63,09	48,55	111,64
2002	74,93	108,49	183,42
2003	-	-	154,71
2004			174,02

Quelle: *Kompas*, 21.8.2001

haben die internationalen Finanzinstitutionen als Kreditgeber auf jeden Fall großen Gewinn gemacht, sei es in der Form von Schuldenzinsen, oder durch Projektberatung bzw. Projektverträge, die an die Unternehmen aus Kreditgeberländern verteilt wurden, sowie durch wirtschaftliche Konzession, die mit der Kreditvergabe in Zusammenhang stehen.

Neoliberale Politik als Bedrohung der Demokratie

sammenarbeit mit indonesischen Zivilunternehmen und Militärs die Menschenrechtsverletzung in den beiden Regionen. In einem demokratischen Kontext ist eine solche Handlungsweise als ein deutlicher Kompromiss mit dem Militär zu verstehen. Dies zeigt, dass die internationalen Kapitalgeber den Prozess der Demokratisierung in Indonesien nur insofern befürworten, wie ihre Kapitalvermehrung nicht unterbrochen wird.

Die Lage der Landwirtschaft und der Bauern in Indonesien

Heute arbeiten 70% der indonesischen Bevölkerung als Bauern in den ländlichen Gebieten. Laut einer statistischen Erhebung des zentralen Statistikamtes BPS aus dem Jahr 2003 besitzen 56,52% der bäuerlichen Familien weniger als 0,4 Hektar Land, um ihre Bedürfnisse zu decken. Diese Familien werden zu den Kleinbauern gezählt und ihr Prozentsatz zeigt, dass der Anteil der sog. Kleinbauern in Indonesien seit 1993 jedes Jahr um 2,6% gestiegen ist und nun einen Anteil von 52,7% erreicht.

Gemäß der BPS-Daten betrug der Anteil der Kleinbauern in Java 1993 69,8%, der aber rasch auf 74,9% bzw. 1.922.000 Familien anwuchs. Nach der jährlichen Volkszählung (ST93) betrug außerhalb Javas der Anteil 30,6%, während die Volkszählung von 2003 einen Anteil von 33,9% ergab; dies entspricht 937.000 Familien. Dies zeigt, dass die Wachstumsrate der Kleinbauernfamilien auf Java höher ist als außerhalb Javas. In der Tat hat sich die Zusammensetzung der bäuerlichen Familien innerhalb und außerhalb Javas in den letzten 10 Jahren nicht geändert. Während bei der Volkszählung von 1993 (ST93) noch ein Prozentsatz von 56,1% ermittelt wurde, betrug er 2003 (ST03) 54,9% auf Java und 45,1% außerhalb Javas. In den letzten 10 Jahren hat zugleich ein Prozess der Verarmung bei den Bauern stattgefunden und das Leben der Bauer hat sich nicht verbessert, sondern eher verschlechtert.

Die Zunahme der Zahl der Kleinbauern lässt sich darauf zurückführen, dass sich ein Großteil des Landes und der landwirtschaftlichen Ressourcen im Besitz von

Wenigen befindet. Diese Großgrundbesitzer haben eine Art Feudalsystem geschaffen, welches das Leben der Mehrheit der Bauern erschwert. In der landwirtschaftlichen Produktion, die in den Dörfern Indonesiens verbreitet ist, dominiert eine Form der Landverpachtung und der Gewinnverteilung, die den Bedürfnissen der Landarbeitern, armen Bauern und den Klein- und mittleren Bauern nicht gerecht wird. Die Großgrundbesitzer haben letztendlich keinen Anteil an der Produktion selbst, sehr wohl aber am Gewinn. Nach den folgenden Daten zur Konzentration von Landeigentum im nationalen Rahmen besaßen bis 1998 weniger als 666 Produktionsverbände eine so genannte Erlaubnis zur Waldverwaltung (HPH/HPTI), mit der sie ca. 48,3 Millionen ha Wald verwalteten. Demnach verwaltete jeder Verband etwa 72.600 ha Wald. Von diesen Verbänden kontrollierten allein 12 Konglomerate ca. 16,7 Millionen ha Wald. Dazu besitzen die staatlichen Waldbetriebe (*Perhutani*) drei Millionen ha Waldland.

Bis 1999 standen 525 Millionen ha Baumbestand unter der Verwaltung von 561 Unternehmen. Laut Präsidentenerlass Nr. 41/2004 gibt es 13 Abbaubetriebe, die eine Genehmigung zum Abholzen in Waldschutzgebieten besitzen. Von diesen Firmen besitzen:

- PT. Freeport Indonesia eine Fläche von 202.380 ha in Waldschutzgebieten in Papua
- PT. Inco Tbk eine Fläche von 218.828 ha in Zentral-, Südost- und Süd-Sulawesi
- PT. Aneka Tambang eine Fläche von 39.040 ha in den Molukken und 14.570 Ha in Nord-Sulawesi
- PT. Indomico Mandiri eine Fläche von 25.121 ha in Ost-Kalimantan

- PT. Natarang Minino eine Fläche von 12.790 ha in Lampung
- PT. Nusa Halmahera Minerals eine Fläche von 29.622 ha in Nord-Molukken
- PT. Pelsart Tambang Kencana eine Fläche von 201.000 ha in Süd-Kalimantan
- PT. Interex Sacra Raya eine Fläche von 13.650 ha in Ost- und Süd-Kalimantan
- PT. Weda Bay Nickel eine Fläche von 76.280 ha in Nord-Molukken
- PT. Gag Nickel eine Fläche von 12.138 ha in Papua
- PT. Sorikmas Mining eine Fläche von 66.200 ha in Nord-Sumatra.

Der Erlass zeigt, wie nachlässig die Regierung in der Umsetzung ihres Programms zur Wiederbelebung der Umwelt (Wanalaga Program) vorgeht.

Eine andere Monopolart des Grundbesitzums ist die Art und Weise, wie die Vergabe von Grundstücken für Wohn- und Gewerbegebiete von den Konglomeraten gemanagt wird. 1998 bauten z.B. 10 Konglomerate in Jakarta und Umgebung (Jakarta-Bogor-Tangerang-Bekasi) Luxushäuser und Einkaufs- und Geschäftszentren auf einer Fläche von 65.434 ha. Insgesamt wurde die Erlaubnis erteilt, auf einer Fläche von 74.735 ha Häuser zu bauen. Allein zwischen 1994 und 1995 wurden von 418 Baugesellschaften (*developer*) Häuser auf einer Fläche von 1,3 Millionen ha gebaut. Als kleine Zugabe für die wohlhabende Bevölkerung in den urbanen Zentren wurden 1995 32 Golfplätze mit einer Fläche von 11.200 ha gebaut. D.h. jeder Golfplatzbetreiber verwaltete im Durchschnitt mindestens 350 ha Fläche pro Golfplatz. Bis zum Jahr 2000 wuchs die Zahl der Golfplatzbetreiber auf 119 an. Eine grobe Schätzung der für den

Bau der Golfplätze benötigten Fläche beläuft sich auf 41.650 ha. Die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bauern ist gleichzusetzen mit der Monopolisierung der landwirtschaftlichen Ressourcen. Die Erklärung dafür beginnt mit der Verringerung der Produktivität als Ergebnis der Verkleinerung der landwirtschaftlichen Fläche. Dieser Prozess wurde verursacht durch Monopole in der Hand weniger Leute, die kontinuierlich die Kontroll- und Eigentumsrechte über das Land der Bauern erlangten. Diese Situation zwang die Bauern dazu, härter zu arbeiten, ja sogar ihr eigenes Land an die kleine Zahl der Monopolisten zu verkaufen. Außer der Praktik der Landverpachtung und des Systems der Gewinnverteilung erfahren die Bauern – vor allem die armen Bauern, die Landarbeiter und die Klein- und mittleren Bauern – noch andere oppressive Praktiken, wie etwa die Ausbeutung durch Makler, Verpächter und die Dorfbürokratie. Diese ziehen ihre Vorteile aus der schwachen ökonomischen und politischen Stellung der Bauern und erhöhen dabei den Druck auf die Bauern, um so viel Profit zu erzielen, wie möglich. Der eingengte Kulturhorizont der Bauern ist ein Ergebnis der praktischen Dominanz des ‚Feudalsystems‘ und verringert dadurch die landwirtschaftliche Produktivität in Indonesien.

Heute gehört Indonesien zu den größten Nahrungsmittelimporteuren auf der Welt. Die Ironie ist, dass in einem Land, das fruchtbar und reich an natürlichen Ressourcen ist, die Bauern eine Bevölkerungsgruppe repräsentieren, die häufig von sozialen Problemen wie Hungersnot und verschiedensten Krankheiten als Folge von Unterernährung betroffen sind. Im Zuge der so genannten ‚Grünen Revo-

lution‘ wurde während der Zeit der Neuen Ordnung versucht, die Landwirtschaft zu modernisieren, ohne dabei zugleich den Weg einer Agrarreform zu beschreiten. Das Programm der ‚Grünen Revolution‘ sollte die Abhängigkeit der Bauern vom Land reduzieren. Durch die Anwendung mechanisierter Landwirtschaft sowie durch ein Betreuungsprogramm für die Bauern wurde erwartet, dass die landwirtschaftliche Produktivität ohne eine gleichzeitige Vergrößerung der Ackerfläche erhöht werden könnte. Dieses Rahmenwerk war als vorbereitender Schritt für den industriellen Sektor gedacht, ohne den Prozess einer Landreform zu durchlaufen. Jedenfalls hat dieses Programm sein Ziel nicht erreicht.

Unfairer Handel und die Folgen für die indonesische Nahrungsmittelproduktion

Zur ungleichen landwirtschaftlichen Struktur kommt hinzu, dass die indonesischen Bauern sehr unter der ungerechten Art und Weise des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten leiden. Ihre Einkommen werden geringer, während die Produktionskosten immer mehr steigen – ganz zu Schweigen von den steigenden Lebenshaltungskosten. Die indonesischen Märkte werden von importierten Nahrungsmittelprodukten überflutet, die den Preis der Produkte der indonesischen Bauern drücken. Diese importierten Waren sind oftmals billiger, da sie zu Dumpingpreisen angeboten werden, etwa weil sie im Ursprungsland (infolge von Überschussproduktion) nicht mehr benötigt werden und auf diese Weise zu niedrigen Preisen angeboten werden können. In ihrem eigenen Land leiden die Bauern immer mehr darunter, dass die Regierung

– unter der Agenda der Handelsliberalisierung – zugunsten des globalen Handels immer mehr Schutzinstrumente abschafft.

Die globale Situation ist zur Zeit durch eine zunehmende Liberalisierung des globalen Handels gekennzeichnet. Diese Handelsliberalisierung bedeutet, dass die Rolle der Staaten bzw. ihrer Regierungen zugunsten einer stärkeren Rolle des freien Marktes immer mehr an Gewicht in der Weltwirtschaft verliert. Mit anderen Worten repräsentiert die Liberalisierung einen Prozess, indem der freie Markt als Indikator für das Wirtschaftswachstum und den Fortschritt fungiert. Die Handelsliberalisierung endet nicht mit der Reduzierung der Rolle des Staates in den Wirtschaftsmärkten, sondern ist auch gekennzeichnet durch die massive Zunahme der Kapitalbewegung über nationale Grenzen hinaus, vor allem in die Entwicklungsländer, die aufgrund niedriger Arbeitslöhne und den verbesserten Zugriff auf ihre natürlichen Ressourcen besser konkurrieren können.

Handelsliberalisierung hat große Konsequenzen für Indonesien, vor allem in jenen Bereichen, die die Lebensbedürfnisse vieler Menschen berühren, wie z.B. in der Nahrungsmittelproduktion und in der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft stellt die Grundnahrungsmittel für 210 Millionen Indonesier zur Verfügung und benötigt dabei 49,7% der gesamten Arbeitskraft bzw. 44,62 Millionen Arbeiter im Jahr 2002 (BPS 2003). Die Landwirtschaft hat ein weit gefächertes Spektrum, das die Versorgung mit Lebensmittel, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die ländliche Entwicklung und Beseitigung der Armut beinhaltet.

Eine der treibende Kräfte der globalen Handelsliberalisierung ist die WTO (*World Trade Organi-*

sation), in der Indonesien einer der Mitgliedsstaaten ist. Aufgrund dieser Mitgliedschaft in der WTO muss Indonesien deren Regeln zustimmen, welche juristisch bindend sind (*legally binding*). Im landwirtschaftlichen Bereich werden die Verhandlungen der WTO in einem *Agreement on Agriculture* (AOA) geregelt, das von den reichen Ländern zugunsten ihrer Märkte scharf kontrolliert wird und das in der Realität zu unfairen Marktbedingungen führt. Die höher entwickelten Länder subventionieren ihre Bauern in großem Ausmaß und halten währenddessen ihre strengen wirtschaftlichen Handelsregelungen gegenüber den armen Ländern bei. Die USA und die EU haben mittlerweile ihre landwirtschaftlichen Subventionsregelungen geändert, so weit sie mit den WTO-Regulierungen übereinstimmen, und die noch immer Dumpingpreise für Produkte wie Reis, Mais, Zucker, Milch und Baumwolle ermöglichen. Zu gleicher Zeit üben sie Druck auf die Entwicklungsländern aus, um deren Märkte auf dem Weg der Reduzierung von Importzölle für ihre Waren zu öffnen.

Einige Fakten zu den Auswirkungen der Landwirtschaftsliberalisierung

Die Liberalisierung der Landwirtschaft in Indonesien ist nicht von der Rolle des IWF, der Weltbank und der WTO in diesem Prozess zu trennen – dem Triumvirat der internationalen Organisationen, das die neo-liberale Ideologie vorantreibt. Die neo-liberale Ideologie zielt hauptsächlich auf das Zustandekommen eines freien Marktes, der die vollkommene Konkurrenz als Marktmechanismus betont, in den sich keiner einmischen darf, inkl. des Staates.

Aber in Indonesien spielen die staatlichen Behörden eine sehr große Rolle in der Politik der Landwirtschaft Indonesiens.

Die Weltbank spielt unter anderem eine große Rolle bei der Finanzierung des wirtschaftlichen Aufbaus in Indonesien, die auf Wirtschaftswachstum (*economic growth*) ausgerichtet ist. Die lange Geschichte der Modernisierung der Landwirtschaft Indonesiens – v.a. durch die Umsetzung der Grünen Revolution, die die Landwirtschaft in Indonesien aus heutiger Sicht zu Grunde gerichtet hat – ist zum größten Teil durch die Finanzierung durch internationalen Kreditinstitutionen gekennzeichnet. Am auffälligsten war das *Structural Adjustment Program* (SAP) in den 80er Jahre - ein großes Projekt der Weltbank für die Entwicklungsländer.

Durch dieses Programm hat Indonesien in der Tat die Liberalisierung in einigen Bereichen umgesetzt. Viele seit 1980 erlassene Gesetze zielen darauf ab, verschiedene öffentliche Bereiche zu privatisieren. Dazu wird den Privatunternehmen sehr großer Freiraum eingeräumt. Folgende Gesetze sind bereits für verschiedene Sektoren verabschiedet worden, so unter anderem das Strom-, Bergbau-, Fortwirtschafts-, Plantagen-, und Wasserressourcengesetz. Auf formellen wie informellen Druck der Weltbank wurden diese Gesetze erlassen, um die öffentlichen Sektoren zu privatisieren und um den Zugang der armen Bevölkerung zu den öffentlichen Dienstleistungen zu erschweren.

Zur gleichen Zeit erfolgte die Liberalisierung der Landwirtschaft in Indonesien im Rahmen des *Agreement on Agriculture* (AOA) der WTO, in dem Indonesien nach und nach eine Reduzierung der Zölle so wie einer Verringerung

aller Handelsbehinderungen zugestimmte, auch wenn die Zölle, die im AOA geregelt wurden, schon sehr niedrig festgelegt worden waren. Nach Inkrafttreten der AOA-Regelungen ist der landwirtschaftliche Markt allmählich von importierten Nahrungsmitteln aus dem Ausland überflutet worden.

Das grundlegende Problem in der WTO ist, dass die WTO-Mitglieder – vor allem fortgeschrittene Länder wie die USA, Japan, Kanada und die EU-Staaten, einen Doppelstandard für ihre Handelsaktivitäten mit den anderen Ländern verwenden. Demnach sind sie fest entschlossen, einem *„zero-tarif“* Prinzip zu folgen, um einen reibungslosen Handelsverkehr zwischen den Ländern zu gewährleisten. In der Praxis haben sie jedoch die Eingangstür für die Produkte aus den anderen Ländern zum eigenen Schutz (Protektionismus) geschlossen. In diesem Kontext wird die Landwirtschaft zu einem immer kontroverseren Thema, weil die Unaufrichtigkeit der fortgeschrittenen Länder im landwirtschaftlichen Handel offensichtlich zu erkennen ist, wie dies bei Dumpingpreisen der Fall ist.

Solche Dumpingpolitik hat fatale Folgen für Entwicklungsländer wie Indonesien, deren Markt für die reichen Ländern sehr attraktiv ist. Die meisten Entwicklungsländer können ihre Bauern auf Grund ihres knappen Staatsbudgets nur wenig subventionieren. Außerdem stehen diese Länder unter dem Druck multilateraler Institutionen wie der WTO und des IWF, wenn sie ihre Bauern schützen wollen. Die Folge ist, dass die landwirtschaftlichen Produkte der Entwicklungsländer, die wenig subventioniert sind, auf dem Weltmarkt mit den Produkten der Industrieländer konkurrieren müssen, die hoch subventioniert sind.

In Indonesien sind in den letzten Jahren die importierten landwirtschaftlichen Produkte, deren Preise niedriger als die Preise der lokalen Produkte sind, in die Supermärkte und in die traditionellen Märkte eingedrungen, sogar bis hin zu den Straßenverkäufern. Die Folge ist eine Marginalisierung der Bauern. Durch die Liberalisierung der Landwirtschaft betrug die Summe der importierten Hauptnahrungsmittel Indonesiens wie Mais, Sojabohnen, Erdnüsse und Weizen 2001 bereits 11,8 Billionen Rupiah. Durch den Marktmechanismus hat die Importlandwirtschaft die Landwirtschaft in Indonesien immer mehr dominiert. Die Importeure haben dadurch viele Vorteile gewonnen, während die Bauern immer mehr benachteiligt werden.

Einer der größten Skandale in der Geschichte der Landwirtschaft Indonesiens wurde durch die Rolle des IWF bei der Liberalisierung der Landwirtschaft verursacht. Die Wirtschaftskrise 1997 hat Indonesien in den Bankrott getrieben. Dadurch wurde Indonesien in der Auslandsverschuldung getrieben. Diese Situation hat der Souveränität des Staates zu schaffen gemacht und so die Entscheidungsspielräume der Politik im eigenen Land – vor allem im Bereich der Landwirtschaft – geschwächt. Indonesien muss sich dem Willen der Geldgeber beugen. Der IWF hat durch seine *Letter of Intent* (LOI) die indonesische Regierung zur Liberalisierung der Landwirtschaft auf radikale Art und Weise gezwungen, welche für Millionen Reisbauern sehr große Auswirkungen hatte.

Diese radikale Liberalisierung in der Landwirtschaft spiegelt sich in den Forderungen des IWF gegenüber der indonesischen Regierung wider:

1. Abschaffung der Düngemittelsubventionen und Handelsliberalisierung für Dünger, die bisher von der PUSRI kontrolliert wurden. Diese Maßnahme wurde ohne jegliche Entschädigung für die Bauern durchgesetzt. Als Folge ist der Düngerpreis von 450 Rupiah/kg auf 1.115 Rupiah/kg gestiegen, was zu einer Verdoppelung der Produktionskosten bei den Bauern führte.
2. Die Regierung hat das Amt für Logistik (*Badan Urusan Logistik* BULOG) abgeschafft, welches ein Instrument zur Erhaltung der Nahrungsreserven und zum Schutz der Bauern war. Dem Privatunternehmen ist es seitdem gestattet, Reis zu importieren. Die Regierung hat darüber hinaus die Liquiditätskredite der Bank Indonesia für BULOG zum Kauf von ungeschältem Reis von Bauern abgeschafft.
3. Am fatalsten war die Festlegung von Importzöllen für Nahrungsmittel auf 5%, und die Aufhebung der Importzölle für Reis als Hauptnahrungsmittel im September 1999. Zur gleichen Zeit durften die Privatunternehmen Reis importieren, so dass der Markt für einheimischen Reis und die Lager der Reisimporteure von Importpreis überflutet wurden.
4. Seit 2001 hat die Regierung die günstigen Kredite für Bauern abgeschafft und durch einen kommerziellen Kredit, dem sog. *Kredit Ketahanan Pangan* (KKP) ersetzt. Die Folge war eine geringe Kreditaufnahme durch die Bauern, so dass die Bauern die gestiegenen Produktionskosten nicht mehr decken konnten.

Die Studien von JARNOPP und OXFAM (2001) und vom Forum Petani Karawang (2002) zeigten,

dass nach der Umsetzung der Wirtschaftsliberalisierung 1998 eine weitere Degradierung der Landwirtschaftssektoren, der Nahrungsmittelproduktion und des Wohlstands der indonesischen Bauern festzustellen ist, welche sich widerspiegelt in

- gefallener Produktion und Nahrungsmittelreserve bei den Bauern,
- gestiegenen Reispreisen,
- gefallenem Wert der Landwirtschaft und fallenden Einkommen der Bauern,
- zunehmenden Nahrungsmittelengpässen, und der
- Eliminierung der Rolle der Frauen in den landwirtschaftlichen Sektoren.

Die Umsetzung der Liberalisierung der Landwirtschaft hat für die Bauern und die Landwirtschaft folgende Auswirkungen:

1. Reduzierung des Bauerneinkommens. Die Ergebnisse einer Analyse der landwirtschaftlichen Aktivitäten der Bauern im Dorf Cikuntul, Karawang zeigen, dass die Produktionskosten pro Ha von 1.800.500 Rp. im Jahr 1996 auf 2.709.000 Rp. im Jahr 1999 gestiegen ist, während der Preis für ungeschälten Reis 1996 1.000 Rp./kg und 1999 1.100 Rp./kg betrug.
2. Abnahme der landwirtschaftlichen Fläche. 1999 betrug die Landfläche für die Nahrungsmittelproduktion 11.963.000 Ha und verringerte sich bis 2000 auf 11.793.000 Ha und 2001 auf 11.415.000 Ha. Diese Abnahme wurde höchstwahrscheinlich verursacht durch den niedrigen Verkaufspreis für ungeschältem Reis und den in den letzten Jahren gleichzeitig gestiegenen Produktionskosten, aber auch durch die Umwandlung von Reisfeldern in nicht landwirtschaftlich genutzte Flächen auf

Grund der wenig gewinnbringenden Reislandwirtschaft.

3. Abnahme der Produktion von ungeschältem Reis. In demselben Zeitraum ist die Produktion von ungeschältem Reis zurückgegangen. Der Ertrag der Reisfelder ist von 2,4 to/Ha in den 60er Jahren auf 4,3 to/Ha in den 90er Jahren gestiegen. Die Wirtschaftskrise und die Handelsliberalisierung hatten jedoch eine Abnahme der Reisproduktion um 3,9 % zur Folge, die im Jahr 1998 um weitere 4,9 % gesunken ist. 1999 und 2000 ist die Reisproduktion jeweils um 1,8 % und 3,9 % gestiegen, 2001 aber wieder um 3,4 % gefallen.
4. Zunahme der Nahrungsmittelhilfe. Eine Art der Nahrungsmittelhilfe ist die Einfuhr von ausländischem Reis nach Indonesien. Indonesien ist der größte Hilfeempfänger für Nahrungsmittel auf der Welt. Indonesien erhielt 1.143.000 to Reis im Jahr 1998, 522.000 to im Jahr 1999, und 554.000 to im Jahr 2000. Die USA, Japan und Australien sind dabei die drei größten Nahrungsmittellieferanten für Indonesien. Am meisten wurden Nahrungsmittel in Form von Weizen, Weizenmehl und Reis geliefert.
5. Zunahme der Arbeitsmigrantinnen. In der Zeit der Liberalisierung im Bereich der Land-

wirtschaft ist die Zahl der Arbeitsmigrantinnen, die zum Arbeiten in die Stadt oder ins Ausland gegangen sind, gestiegen. Nach Studien von JARNOPP und OXFAM (2001) im Dorf Sukawijaya, Unterbezirk Pedes, Karawang, hat sich die Zahl der Auslandsarbeitsmigrantinnen (TKW) vervierfacht, von 4 Personen 1996 auf 17 Personen 1998 und 2001 betrug die Zahl der Arbeitsmigrantinnen 27 Personen.

Übersetzung aus dem Indonesischen von Mela Hayati Badruddin